

Aufruf der Friedensbewegung:

Gemeinsam gegen Hochrüstung und Sozialraub

Das ist der Inhalt des Presseaufrufs vom 06.11.2017 zu der Unterschriftenaktion „Abrüsten statt aufrüsten – Entspannungspolitik jetzt!“ Aus seinem Inhalt:

In einem deutlichen und dringenden Abrüstungsaufwurf wendet sich ein ungewöhnlich breites gesellschaftliches Bündnis an die Öffentlichkeit. Sie fordern „Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde“.

Mit dem Aufruf warnen die Unterzeichner vor weiterer Aufrüstung und fordern, endlich abzurüsten – nur damit könnten die großen Herausforderungen gelöst werden.

In dem Aufruf heißt es: „Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.“ Die Unterzeichner des Aufrufes rufen zu einer bundesweiten Unterschriftenaktion auf, die sie mit weiteren Aktivitäten begleiten wollen.

Der Standpunkt des Vorstandes der ISOR dazu:

Die Initiative zeigt den Zusammenhang zwischen der Erhöhung des Rüstungsetats und dem Sozialabbau. Der Rentenbetrug nach den §§ 6 und 7 AAÜG reicht den Herrschenden schon lange nicht mehr. Die hiermit „umverteilten“ Milliarden sind schon verbraucht bzw. verplant. Eine neue Argumentation wurde aufgebaut und umgesetzt, um größere Umverteilungen zu Gunsten der Konzerne zu erreichen. Die aktuelle stark steigende Rüstungsproduktion und der Absatz der Waffen, das sind Bedrohungen der Welt. Die Gefahr für die Grundlagen der Existenz der Menschheit wird von Rüstungskonzernen, ihrer Lobby und den in diesem Sinne handelnden Politikern und Medien ausgeblendet bzw. einseitig verzerrt.

Man hatte den „Atomausstieg“ bei der Energieproduktion beschlossen, nicht aber das Erhöhen der Sicherheit der modernen Technologien. Defekte Atomkraftwerke in Nachbarländern werden weiter betrieben und hingenommen.

Als „Schutz“ der Bevölkerung verteilt man an der belgischen Grenze Tabletten für den Notfall. Damit dient man keinesfalls dem Wohl der eigenen Bevölkerung.

Das **Jahr 2017** hatte es in sich. Wieder sind wir durch den Sturm sozialer Kälte ordentlich durchgeschüttelt worden.

Gönnen wir uns für die Feiertage eine Ruhepause.

Glück in der Familie, Gesundheit für uns und unsere Partner, Hoffnung auf die Lebendigkeit unserer Ideale!

Damit weiß sich die Redaktion von **ISOR aktuell** mit Euch auch künftig herzlich verbunden.

Seit dem Kalten Krieg stationiert man Atomwaffen in Deutschland. Aktuell modernisiert man diese Atomwaffen und erprobt deren Einsatz durch Soldaten der Bundeswehr. Das wird weitestgehend von den Medien verschwiegen. Das ist das Eingeständnis, das Wohl des Bürgers ist nicht im Interesse der Politik. Dort wo Abschussbasen von Atomwaffen stehen, dort wo Atomwaffen auf ihren Einsatz warten, dorthin richten sich Zieldefinitionen. Da Russland mit Raketenabwehr-Basen eingekreist wurde, werden auch deren Abwehreinrichtungen diese Basen als Ziele haben. Defekte, unüberlegte Handlungen oder gar wahnwitzige Eroberungspläne stellen heute mehr denn je die Frage nach der weiteren Existenz der Menschheit.

„Abrüsten statt aufrüsten - Entspannungspolitik jetzt!“ ist ein Gebot der Stunde.

Der Vorstand und andere Verbände des OKV unterzeichneten bereits diese Initiative. Wir rufen alle Mitglieder auf, diesen Aufruf ebenfalls zu unterzeichnen.

(Aufruf, Aufrufer, Erstunterzeichner sowie die Unterschriftenliste siehe Seiten 7/8

Wir bitten, diese Seiten abzutrennen, zur Unterschriftensammlung zu nutzen und sie der Redaktion zur Weiterleitung zu übermitteln.)

Quo Vadis EU

Oberst a. D. Bernd Biedermann

Am 11.11.2017 haben die Verteidigungs- und Außenminister von 23 der 28 EU-Staaten eine Notifizierungsurkunde für „Pesco“ (Permanent Structured Cooperation/Ständige Strukturierte Zusammenarbeit) unterzeichnet. Nicht unterschrieben haben bisher Großbritannien, Dänemark, Irland, Malta und Portugal.

Worum geht es dabei? Es geht um die faktische Gründung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion, die schon geraume Zeit in der Diskussion ist. Da stellt sich dem militärisch gebildeten und politisch erfahrenen

Zeitgenossen doch die Frage: Gegen wen richtet sich diese Europäische Verteidigungsunion? Offensichtlich und erklärtermaßen nicht gegen die NATO. Aber gegen wen dann? Selbst für abenteuerliche Strategen und selbsternannte Experten ist kein äußerer Gegner zu erkennen, der die Staaten der EU bedroht. Auch Marcus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik kann kein reales Bedrohungsszenario ausmachen. Seiner Auffassung nach geht es allenfalls um Krisenmanagement an der Peripherie Europas und um Missionen in Afrika.

Fakt ist, dass die sog. Battlegroups, die seit 2007 aufgestellt sind, noch nie zum Einsatz kamen. Man sollte nicht verschweigen, so schreibt Jörg Kronauer am 14.11. in „junge Welt“, dass „Pesco“ auch einem Eingeständnis einer Niederlage der bisherigen Politik gleichkommt. Das soll sich nunmehr ändern. Dabei sollen solche Projekte wie ein gemeinsames medizinisches Einsatzkommando, Logistikeinrichtungen, Offiziersschulen u. Ä. hin zu einer EU-Armee führen. Bisherige kleinteilige Projekte wie deutsch-polnische, deutsch-tschechische und deutsch-

rumänische Einheiten sind allenfalls geeignet, die Führungsrolle Deutschlands zu stärken, können aber keine EU-Armee begründen.

Bleibt zu fragen: Braucht die EU eine neue Verteidigungsstrategie? Zweifellos muss man sich angesichts der veränderten strategischen Situation, die gekennzeichnet ist vom Niedergang der alleinigen Großmacht USA und vom Aufstieg Chinas zu einer dominierenden Macht, neu orientieren. Dabei spielt die enge allseitige Partnerschaft mit Russland nicht nur in der asiatisch-pazifischen Region eine immer größere Rolle. Auch deshalb wären einvernehmliche Beziehungen der EU – und besonders Deutschlands – mit Russland die vernünftigste Lösung zur Erhaltung des Friedens.

Äußerst heikel wird es, wenn es um das neue Verhältnis von EU und NATO geht. Dabei wollen die Verfechter einer strategischen Autonomie der EU keineswegs den Rückzug der USA aus Europa. Nicht strategische Autonomie, sondern strategische Verflechtung soll das Ziel sein.

Aus der Sicht eines neutralen Beobachters muss eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gewährleisten, dass

Krisen rechtzeitig erkannt und abgewendet werden. Dazu sind entsprechende, vom Völkerrecht sanktionierte Missionen zu planen und zu führen. Das wird nur gelingen, wenn Russland einbezogen wird.

Um im Bild zu bleiben: EU – Wohin soll das noch führen?

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand beschloss die Führungskonzeption, mit der die Entschließung der Vertreterversammlung weiter präzisiert und die Aufgaben für die nächsten Jahre bestimmt werden. Die Vorstände der TIG erhalten die Konzeption noch im Monat Dezember 2017.

Ebenfalls beschlossen wurde die Ordnung für die Arbeit des Beirats.

*

Der Abgeordnete im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Peter Ritter (Partei DIE LINKE) hat sich mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung gewandt und informiert, dass die Landesregierung Sachsen-Anhalt, die bisher

– wie u.a. die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern eine andere Rechtsauffassung vertreten hat – nunmehr der Feststellung des LSG Sachsen-Anhalt folgt, das Verpflegungsgeld und Bekleidungs- und Arbeitsentgelt im Sinne von § 6 Abs. 1 Satz 1 AAÜG ist. Er fragt an, welche Auswirkungen das Urteil des LSG Sachsen-Anhalt bisher und möglicherweise künftig auf Rentenbescheide für ehemalige Angehörige der Deutschen Volkspolizei sowie das Land Mecklenburg-Vorpommern hat.

*

Der Abgeordnete im Landtag Sachsen, Rico Gebhardt (Partei DIE LINKE) hat – mit Blick auf die Entscheidung in Sachsen-Anhalt – im Sächsischen Landtag die Frage an die Staatsregierung erhoben, welche Entscheidungs- und Leitungspraxis die Staatsregierung bislang bei der Berücksichtigung von Bekleidungs- und Verpflegungsgeld der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei der ehemaligen DDR als Arbeitsentgelt im Bereich des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz bzw. des diesbezüglichen Versorgungsrechts der davon betroffenen Menschen in Sachsen verfolgt. (DS 6/11334)



Mir tut es gehörig weh, da liegen wieder Austrittserklärungen unserem TIG-Vorstand **Berlin-Treptow** vor. Wie oft muss man dann hören: Es hat doch keinen Zweck mehr. Jawohl, der Gang zu den Gerichten, insbesondere zum BVerfG, ist beendet. Mit der Nichtannahme der Verfassungsbeschwerden im November 2016 war auch ich erst einmal fassungslos. Was nun? In meinen Erinnerungen ging ich zum Ausgangspunkt unseres Widerstandes zurück. Von Anfang an war es die Politik, die alle von den §§ 6 und 7 AAÜG Betroffenen rentenrechtlich bestrafen wollte.

Das „Rentenüberführungsgesetz“ war das Werkzeug dazu. Eigentlich sollten „die in der DDR begründeten Rechte“ in die gesetzlichen Regelungen zur Altersvorsorge in der Bundesrepublik Deutschland eingearbeitet werden. Dass die 0,7 Begrenzung für den Personenkreis der beiden Paragraphen galt, hieß von Anfang an, dieser Staat erkannte die in der DDR begründeten Rechte zur Altersversorgung für sie nicht an, und er kürzte diese unterschiedslos. Aufgemerkt! Die SPD-Bundestagsfraktion war es 1995, die den Antrag stellte, dieses „Rentenstrafrecht“ – sie kreierten diesen sehr zutreffenden Begriff – sofort aufzuheben. Zur Wahrheit gehört dann aber weiter, dass sie sich zu diesem Zeitpunkt in der Opposition befand und als spätere Regierungspartei hatte sie es „vergessen“!

Der Gang zu den Gerichten war immer wieder mit der Hoffnung verbunden, dass sie dem Gesetzgeber zum grundgesetz-konformen Handeln auch in Sachen Rentengerechtigkeit auffordern werden. Und so war es 1999 ein Erfolg, dass der 1992 aufgenommene Kampf bis hin zum BVerfG erreichte, dass für viele die Straffrentenbegrenzung völlig fiel, und dem Gesetzgeber die Begrenzung auf 1,0 zugestanden wurde. Ausdrücklich wurde formuliert, dass es der Politik überlassen ist, weitere Anhebungen bis hin zur gesetzlichen Rentenbemessungsgrenze zu veranlassen. Welcher „Handel“ zwischen Oberstem Verfassungsgericht und der Politik dabei eine Rolle gespielt haben könnte, gehört ins Reich der Spekulation. Doch eindeutig ist, der politische Wille des Gesetzgebers und die Politik stehen nach wie vor unserer Forderung entgegen.

Dem gilt nunmehr unser verstärkter Widerstand. Dazu braucht ISOR einen zahlenmäßig starken Verein hinter sich. Mehrmals wurde ich gefragt, sind denn die da „Oben“ in der Lage, in solch einer neuen Situation auch zu motivieren, zu führen?

Liebe Freundinnen und Freunde, stellen wir die Frage auch unseren TIG-Vorständen und uns selbst, wollen wir alle, jeder nach seinen Möglichkeiten, mittun? Die Masse, mit der Viel-

Zwischenruf

„Die Welt braucht Dich, genau wie Du sie, die Welt mag ohne Dich nicht sein“

(Aus dem Jugendlied „Du hast ja ein Ziel vor den Augen ...“; Text: Louis FURNBERG)

falt ihrer Ideen, muss der Politik die Stirn bieten, sie zum Handeln zwingen. Eine neue Führungskonzeption des ISOR-Vorstandes liegt vor, umgesetzt kann sie nur mit uns werden. Glaubt mir eines, der Vorstand fängt nicht bei Null an. Kontakte zur Politik und Gespräche mit vielen ihrer Vertreter gab es schon zuhauf in der Vergangenheit. Aber so brauchen wir auch Dich, lieber Freund, mit dem ich kürzlich vor Deiner Garage die Unterhaltung hatte. Deine zögerliche Haltung gibt mir Hoffnung. Auch Sie, liebe Freundin, kommen mir ins Gedächtnis, mit Ihren damaligen Austrittsgedanken. Auf meine Frage, was wohl der verstorbene Ehegatte dazu meinen würde, taten Sie einen folgerichtigen Schritt. Nun schon wieder solch ein Gedanke? Wer sind denn nur diese defätistischen Einflüsterer, die die Aussichtslosigkeit schon immer voraussehen?

Oder Du, lieber Freund, wir begegnen uns oft, gelegentlich auch in der Sauna, warum kein Gedankenaustausch zu Deinen Bedenken,

warum stillschweigend die Austrittserklärung vorgelegt?

Macht mich fassungslos. Solidarität zualterer! Sie liegt unserem Sozialverein ISOR zu Grunde. Das heißt zusammenstehen, vor allem auch in trostlosen Situationen, Mut zusprechen, Hilfe anbieten, geben oder organisieren. So habe ich einige Krankenhäuser in Berlin kennen gelernt, um kranken Freunden und Genossen beizustehen, Hoffnung zur Genesung zu vermitteln. Ich tat es gern, und ich merkte, ihnen tat es auch gut. Das alles, liebe Freundinnen und Freunde unseres großen Vereins, was ich hier schrieb, tat ich mit Herz und nach gründlicher Überlegung. Die willkürlich gekürzte Rente ist Tatsache, manche haben sich eingerichtet, anderen tut es ganz heftig weh – nicht nur finanziell. Üben wir weiter gemeinsam Solidarität, wehren wir uns!

Zwei Zeilen eines uns allen bekannten Liedes kommen mir immer wieder in den Sinn: „...uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“

Helmut Holfert, Beiratsmitglied

*

Am 4. November wurde in der **TIG Halberstadt** die jährliche Mitgliederversammlung durchgeführt. Sie stand ganz im Zeichen der Frage wie weiter nach der Ablehnung unserer Klage vor dem BVerfG und der Zurückweisung einer weiteren Klage vor dem EGMR.

Zunächst ging es uns in zwei kurz aufeinanderfolgenden Leitungssitzungen darum, wie soll es in der TIG organisatorisch und leitungs-mäßig weitergehen. Wir wollten die Mitgliederversammlung sehr gut vorbereiten.

Es erschien uns sehr wichtig, in die Mitgliederversammlung bei allen Enttäuschungen auch wieder Optimismus und Kampfbereitschaft zu bringen. Es stehen noch viele soziale Probleme an. Nötig war es aber auch, unsere Vorstandsarbeit zu überdenken, die Zusammenarbeit zwischen Seniorenbeirat und Vorstand zu vereinfachen sowohl inhaltlich als auch personell. So gerüstet gingen wir in die Mitgliederversammlung.

Mit großer Freude konnten wir dabei unseren Freund Dieter Wittstock begrüßen.

Zu Beginn begrüßte unser Vorsitzender Otto Pump alle Anwesenden und ging dann auf die gegenwärtige Situation in der TIG ein. Er sprach uns allen aus dem Herzen, als er klar aufzeigte, wo uns der Schuh drückt und was wir uns ganz realistisch gesehen noch vornehmen können aufgrund des hohen Alters und des schlechten Gesundheitszustandes vieler Mitglieder. Deshalb müssen unsere Mitglieder und der Vorstand gemeinsam Vorschläge und Wünsche zu einer guten Betreuung, zu einem interessanten Kulturleben und unserem Einbringen in den Kampf für soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung des Friedens beraten. Dieter Wittstock ergriff danach das Wort, um uns ausführlich

über das Ergebnis der letzten Vorstandssitzung in Berlin zu informieren. Er verwies auf die Umfrage im Sommer und auf den jetzigen Mitgliederstand von 11.600. Energisch wandte er sich gegen die Nichtannahme unserer Klage vor dem EGMR und vor allem gegen dessen Verfahrensweise. Er machte uns auch klar, dass von der Gerichtsbarkeit in Deutschland und Europa nichts für uns zu erwarten ist. Aber die ernste Lage setzt sich fort. „In Europa soll alles, was nach Sozialismus riecht, beseitigt werden. Rechts ist im Aufmarsch!“ Nach diesen Ausführungen wendet sich Dieter Wittstock der Arbeit der TIG zu.

Ohne TIG kein ISOR-Verein - ohne Mitglieder keine TIG. Deshalb sein eindringlicher Appell, die jetzige Mitgliederzahl zu erhalten. Seine Frage: Wie kann das Vereinsleben noch geselliger, offener und reichhaltiger werden – kam bei den Versammelten gut an, auch im Hinblick auf die folgende Diskussion. Mit der Frage, wie können wir Alten uns noch politisch einbringen, zeigte er uns auf, wie wir uns gegen alle noch bestehenden Ungerechtigkeiten einbringen können, d.h. anschließen an alle Masseninitiativen, Petitionen usw.

Unsere versammelten Freunde bedankten sich mit viel Beifall für seine richtungweisenden Worte. Wir baten ihn, dem Vorstand in Berlin unseren herzlichen Dank für alle bisherige Unterstützung, sei es im finanziellen Bereich oder der Anleitung der TIG, auszurichten. Die anschließende Diskussion mit den Mitgliedern verlief in einer aufgeschlossenen und aufmunternden Atmosphäre. Es kamen viele gute Vorschläge, wie wir unser Vereinsleben interessant gestalten können. Die durch unseren Seniorenbeirat bisher organisierten monatlichen Kulturveranstaltungen sollen unbedingt beibehalten werden. Auch die gute Betreuung der Mitglieder durch Aktive wird sehr geschätzt. Einmal in Gang gesetzt, kamen in der Diskussion weitere gute Vorschläge. Wir sollen auch die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden ausbauen und für unseren weiteren Kampf nutzen. So ganz einfach ist das nicht, haben doch sie in unserem Kreis auch sehr an Mitgliederschwind zu leiden. Viel Mut für unsere weitere Arbeit bekam unsere Leitung von den Teilnehmern. Sie wollen weiter bei uns bleiben, sie sind sehr zufrieden mit unserem Vereinsleben, ISOR ist für sehr viele auch schon zur politischen Heimat geworden.

Eva-Maria Hartig

*

Am 18.11.2017 führte die **TIG Dresden** ihre jährliche Mitgliederversammlung durch. Der Inhalt unserer Jahresversammlung bestand in der Abrechnung unserer Arbeit im letzten Jahr und in der Festlegung der Schwerpunkte im Kampf um soziale Gerechtigkeit unter Beachtung der neuen Mehrheitsverhältnisse nach der Bundestagswahl.

Mit der Teilnahme von Prof. Dr. Horst Bischoff und dem Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE im Sächsischen Landtag Rico Gebhardt war es gelungen, kompetente Vertreter zum Versammlungsthema zu gewinnen. Mit der Teilnahme der Regionalvertreter der im OKV angeschlossenen Organisationen, Vereine und Verbände sowie den angrenzenden TIG wurde der enge Zusammenhalt deutlich.

In unserer Festveranstaltung im Jahr 2016 aus Anlass des 25. Jahrestages der Gründung der ISOR wurde bereits herausgearbeitet, dass es nur durch eine Bündelung der Kräfte mit den Parteien, insbesondere mit der Partei DIE LINKE und den Organisationen, Vereinen und Verbänden möglich ist, politische und soziale Veränderungen für die Menschen zu erreichen.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Entscheidungen des BVerfG und des EUGMR noch nicht abzusehen, aber wir legten bereits den Schwerpunkt auf die Verstärkung des politischen Kampfes. Ein Jahr danach hat sich die politische Lage, insbesondere auch im Ergebnis der Bundestagswahl, nicht zum Positiven entwickelt und untermauert den o.g. Schwerpunkt unserer weiteren Arbeit.

Mit der Nichtannahme unserer Verfassungsbeschwerden und der damit verbundenen Befragung der Mitglieder zum Fortbestand der ISOR wurde trotz FÜR und WIDER ein überwältigendes Ergebnis mit 98,3 % Ja - Stimmen erzielt. Die Befragung hatte ein wichtiges Ziel erfüllt, nämlich den konkreten persönlichen Kontakt zu jedem der Mitglieder, um auch ihre persönlichen Fragen und Probleme kennenzulernen.

Verstärkt haben wir die Forderung unseres Mitglieds Gisela Böhnisch auf unserer Festveranstaltung beherzigt, im Kampf um soziale Gerechtigkeit niemals die Aktivitäten und Kontakte der Mitglieder untereinander zu vernachlässigen. Das ist besonders wichtig unter Beachtung der immer älter werdenden Mitglieder, die teilweise trotz ihres Gesundheitszustandes sehr aktiv sind.

Haben wir in der Vergangenheit noch zu stark auf die Beseitigung des uns betreffenden Rentenstrafrechts gesetzt, kommt es jetzt darauf an zu erkennen, dass die ISOR weiterhin im politischen Kampf nur erfolgreich sein kann, wenn ein geschlossenes, einheitliches Handeln in enger Zusammenarbeit mit allen Betroffenen, die noch der Rentenungerechtigkeit unterliegen, gesichert ist. Der Verlauf der Jahresversammlung bestärkt uns darin, dass unsere Mitglieder eine starke Solidargemeinschaft unterstützen.

Wolfgang Bohlke

Aus anderen Verbänden

Erklärung der GRH zum Appell des Netzwerkes Friedenskooperation „Abrüsten statt aufrüsten“ vom 06.11.2017

Der Appell findet bei den Mitgliedern der GRH volle Zustimmung. Es wird höchste Zeit, die Aufrüstung zu stoppen und die weitere militärische Eskalation zu bannen. Gegenwärtige Kriege und die Gefahr ihrer Ausweitung bedrohen die Existenz der Menschheit. Zudem werden durch Rüstungsausgaben riesige finanzielle Mittel einer friedlichen Nutzung für soziale und humanitäre Zwecke entzogen. Besonders empört uns, dass der deutsche Imperialismus einen führenden Platz in der aggressiven Politik von NATO und EU einnimmt. Atomwaffen in Büchel sind abzuziehen, das Drohnendrehkreuz in Rammstein ist zu schließen. Die Provokation an Russlands Grenze durch die NATO, einschließlich deutscher Truppen, ist zu beenden. Wir bekräftigen unseren Aufruf „Hände weg von Russland“.

Die GRH setzt sich für ein breites Bündnis ein, das mit Aktionen für Frieden, Völkerfreundschaft und gesellschaftlichen Fortschritt streitet.

Hans Bauer, Vorsitzender,
Dieter Stiebert, Geschäftsführer

*

Gilt das Grundgesetz auch in Treptow-Köpenick?

Das Grundgesetz der BRD garantiert die Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Um dieses Recht in Anspruch nehmen zu können, braucht man ein Medium oder Auditorium, um seine Meinung anderen nahezubringen – ist das hierzulande gewährleistet?

Bereits 2015 untersagte das Berliner Bezirksamt Treptow-Köpenick dem gemeinnützigen Bildungsverein „RotFuchs“ e. V. die Nutzung von Räumlichkeiten in einem Bürgerzentrum. (siehe RF 209, S. 24). Eine überzeugende Begründung dafür wurde von den Verantwortlichen nicht gegeben.

Eine für den September 2017 geplante Veranstaltung der GRH in eben diesem Bürgerzentrum wurde kurzerhand verboten, weil daran neben ISOR und GBM auch Leser des „RotFuchs“ teilnehmen wollten. Veranstalter war die GRH – nicht der „RotFuchs“, ISOR oder die GBM. Nun fragen wir, wie es mit der Versammlungs- und Meinungsfreiheit im Stadtbezirk Treptow-Köpenick eigentlich bestellt ist.

Linken Organisationen, die sich gegen Fremdenhass, Ausländerfeindlichkeit, Demokratieabbau, Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Kriegshetze und Wehrmachtsverherrlichung wenden, wird der Zugang zu bezirkseigenen Räumlichkeiten verwehrt, wenn sie über diese Themen diskutieren wollen. Leider sah sich auch die Partei DIE LINKE im Stadtbezirk bisher zu keinerlei Stellungnahme dazu veranlasst.

Der „RotFuchs“ e. V. steht auf dem Boden des Grundgesetzes und sucht alle linken Kräfte, mit und ohne Parteibuch, zu erreichen, um sie gegen die derzeitige Rechtsentwicklung im Land zu mobilisieren. Darin sieht sich der „RotFuchs“ mit vielen anderen einig, die sich gegen Kriegsgefahr und Sozialabbau engagieren. Und das soll nach Auffassung des Bezirksamtes Treptow-Köpenick demokratiefeindlich sein?

Man kann die Haltung des Bezirksamtes nur als rückwärtsgewandt werten. Sie ist wohl einem übereifrigen Stadtrat geschuldet, der offenbar Schwierigkeiten mit unseren Argumenten hat. GRH, ISOR, GBM, „RotFuchs“ und andere linke Vereine und Parteien gehören zu den Verteidigern des Grundgesetzes, das von den Regierenden nicht nur missachtet, sondern auch untergraben und ausgehebelt wird, wann immer es ihnen opportun erscheint.

Reiner Neubert, Berlin
(Aus „RotFuchs“ Nr. 11/17)

*

Im Arbeitsprogramm des Vorstandes und des Ältestenrates unseres **Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und GT der DDR** stand u.a. auch die Beteiligung an der Festveranstaltung des „DDR Kabinetts“ am 7. Oktober 2017 in Bochum. Organisiert wurden Teilnahme und Fahrt durch unsere Partner-Organisation, die GRH. Teilnehmer sind seit 11 Jahren Mitglieder der DKP, der Partei DIE LINKE, sowie Mitglieder der Organisationen - ISOR, - GRH - Bündnis für Soziale Gerechtigkeit, - GBM, - VTNVAGT und deren Sympathisanten. Unsere diesjährige Gruppe umfasste 35 Teilnehmer, darunter Ehepaare und auffallend viele ältere weibliche Teilnehmer. Nach neun Stunden Busfahrt waren wir in einem „IBIS-Hotel“ untergebracht.

Gegen 10:00 Uhr am 7. Oktober gesellten wir uns zu den anderen ca. 120 aus Gesamtdeutschland angereisten Teilnehmern. Erstaunt konnte ich als erstmaliger Besucher feststellen, dass sich viele von früheren Begegnungen oder anderen linken Veranstaltungen in Deutschland kannten und freudig begrüßten. Bis gegen 11:00 Uhr konnte ich erleben, wie sich der Veranstaltungsraum nunmehr auch mit sehr vielen jungen Menschen füllte, so dass noch zusätzliche Sitzgelegenheiten geschaffen werden mussten. Nebenbei erfuhr ich, dass diese kirchliche Begegnungsstätte „St. PIUS“ seit mehreren Jahren u.a. auch von uns, den linken Kräften in der BRD, gegen geringes Entgelt regelmäßig genutzt wird. Auf dem Programm standen:

- ein Vortrag vom Mitglied des Ältestenrates der Partei DIE LINKE, Genossen Bruno Mahlow, zum Thema, „100 Jahre Oktoberrevolution“,

- ein Vortrag des langjährigen Generalsekretärs des Kanu-Sportverbandes der DDR Werner Lampert (DKSV) zum Thema, „60. Jahrestag der Gründung des DTSB“.

Grußworte von Nichtregierungs-Organisationen schlossen die Redebeiträge vor der Mittagspause ab. Ich erfüllte meine Aufgabe mit der Überbringung kameradschaftlicher, proletarischer und freundschaftlicher Grußworte und dem Dank unseres Vorstandes und Ältestenrates an den Vorstand des DDR Kabinetts.

Außerdem konnte ich dem Vorstand des DDR Kabinetts reichlich Exemplare unserer Broschüre: „Soldaten für den Frieden“ und unsere Sonder-Mitteilungsinformation „KOMPASS“ Nr.: 2 – zur Erinnerung an den Verteidigungsminister der DDR Heinz Keßler, - Antifaschist, - Kommunist, - Internationalist, übergeben.

Hervorgehoben werden muss, dass es den Organisatoren ausgezeichnet gelungen ist, die ganztägige Veranstaltung durch den Sänger und Liedermacher proletarischer Lieder „ERNESTO“ Ernst Schwarz sowie das Balalaika-Orchester „Druschba“ und ein DDR-Quiz, kulturell zu umrahmen. Das Balalaika-Orchester, ausschließlich aus Schülern von 9 bis 17 Jahren bestehend, intonierte uns bekannte Volksmelodien aus dem russischem Reich und der Sowjetunion in hoher musikalischer Qualität. Eine neunjährige Sopranistin bekam Sonderapplaus und um Zugabe wurde sie nicht umsonst gebeten. Wir, die Teilnehmer aus Berlin, fühlten uns in die Zeit der kulturellen Zusammenarbeit mit den verschiedensten Tanz- und Musikensembles der Sowjetischen Streitkräfte in der DDR zurückversetzt.

Der Zeit- und der finanzielle Aufwand hatten sich wahrlich gelohnt und bei allen Teilnehmern die Spannung auf die Veranstaltung zum 70. Jahrestag der DDR 2019, die in Berlin stattfinden soll, erhöht.

Werner Wagner

Lesenswert

Gabriele Krone-Schmalz

Eiszeit

Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist

(Verlag C. H. Beck München 2017)

ISBN 978 3 406 71412 2

G. Krone – Schmalz warnt in ihrem Buch davor in alte, aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Feindbilder zurückzufallen. Die Politik Russlands wird in den heutigen Medien als expansiv und aggressiv dargestellt. Besonders das Baltikum und Polen sähen sich durch Russland bedroht. Auf welcher Grundlage werden solche Einschätzungen getroffen? G. Krone – Schmalz stellt Fragen wie: Wer agiert, wer reagiert? Welche Politik sollte gegenüber Russland vertreten werden? Eine Politik der Abschreckung oder der Annäherung! Ist es nicht an der Zeit über solche Fragen offen und ehrlich zu sprechen, ohne als „Russlandverstehler“ oder „Putinfreund“ verschrien zu werden.

Durch ihre umfangreichen Recherchen legt die Autorin dar, dass Russland oft aus der Defensive heraus handelt und es um die wichtigste Frage überhaupt geht, nämlich das Friedliche mit unseren Nachbarn überhaupt aber auch darum, dass die Lösung aller Probleme nicht ohne Russland gelingen kann.

*

Dieter Winderlich

Vom Strafvollzug zum letzten Chef der Volkspolizei

(edition berolina – Berlin 2017)

SBN 978-3-95841-076-3,

Preis: 19,99 €

Man sollte schon aufmerken, benennt ein Zeitzeuge aus der DDR einen Abschnitt in seinem autobiografischen Buch mit „Wieder hinter Gittern – die besten Jahre meines Berufslebens“. Ich höre förmlich den Aufschrei solcher Zeitzeugen, die mit dem DDR-Recht in Konflikt kamen, vorausgesetzt sie lesen auch solche Lebensberichte, die in ihren Erinnerungen, vom Zeitgeist der Delegitimierung des sozialistischen deutschen Staates völlig überdeckt, immer wieder Grauensvolles aus den JVA schildern. Um diese geht es hier aber nicht. Dieter Winderlich, Generalmajor a.D., hat von der Pike auf den Strafvollzug in der DDR kennengelernt, in wesentlichen Teilen mit auf- und ausgebaut und auch Verantwortung getragen. Er lernte auch die Hierarchien im zuständigen Ministerium des

Innern und der Deutschen Volkspolizei kennen, erfüllte in einigen höheren Dienststellungen entsprechende Aufgaben gewissenhaft und lässt in diesem Zusammenhang auch sehr kritische und selbstkritische Anmerkungen dem Leser wissen. Wer den Autor nicht kennt, seinen Lebensweg hier nun liest, kann eigentlich zu keinem anderen Schluss kommen: All das Erlebte hat er ehrlichen Herzens aufgeschrieben, an vielen Stellen persönliche und staatliche Defizite und Fehler sehr deutlich benannt und kann deswegen als verlässlicher Zeitzeuge angesehen werden. Voller Stolz sieht er auf sein Leben zurück und ist von Bitternis erfüllt, wenn er Demütigungen und Enttäuschungen nicht nur seiner Person, sondern auch gegenüber seiner Familie und vielen ehemaligen DDR-Bürgern nach der bundesrepublikanischen Annexion der DDR erleben musste.

Doch zurück zu seiner Zeit „hinter Gittern“. Zwei Dinge, die die nützliche Arbeit im Strafvollzug zum einen und die gesellschaftliche Verantwortung nach der Strafverbüßung zum anderen ansprechen, in der die DDR der BRD von einst und jetzt weit voraus war, sollen dabei besonders erwähnt werden, weil sie sehr anschaulich beschrieben sind. Seine ersten Schritte im Strafvollzug tat er im Jugendhaus Dessau (seit 1968 wurden die Jugendgefängnisse so bezeichnet), in dem jugendliche Straftäter einsaßen. All diejenigen, die die Zwangsarbeit im DDR-Knast besonders anprangern, seien diese Darstellungen

besonders empfohlen. Die nützliche körperliche Arbeit war das Kernstück für die Erziehung im Strafvollzug der DDR. Bei den Jugendlichen war auch noch der evtl. Schulabschluss als auch eine Berufsausbildung einbezogen. Mit dem Aufbau des Jugendhauses in Wriezen und seiner Leitung, sah er sich neuen, größeren Anforderungen gegenüber. Und hier mache ich aufmerksam auf all das, was Winderlich im Zusammenhang mit dem 1968 erlassenen Strafvollzugs- und Wiedereingliederungsgesetz (SVWG) beschreibt. Ein absolutes Novum, das die Persönlichkeit des Einzelnen achtet und ihm einen Neustart im beruflichen als auch im gesellschaftlichen Leben ermöglichen sollte. Keineswegs unumstritten in der Bevölkerung, einigen staatlichen Institutionen, doch zutiefst human und eben nur im sozialistischen deutschen Staat möglich gewesen.

Wenn ich oben von seiner Bitternis schrieb, dann auch deshalb, weil seine Altersbezüge für die Zeit seiner Tätigkeit als Stellvertreter des Ministers und als Chef der Volkspolizei fallbeilartig gekürzt wurden. Und so ist es schon legitim die Frage zu stellen, woher nimmt dieser ‚Rechtsstaat‘ BRD das Recht, einen solchen Eingriff ins Rentenrecht mittels Strafrecht vorzunehmen. So sollte auch der vorletzte Abschnitt „Nach der DDR – Demütigungen und Enttäuschungen“ mit großer Aufmerksamkeit gelesen werden; Kopfschütteln war das Wenigste, was mich dabei erfasste.

Helmut Holfert

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 29.11.2017

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 21.12.2017

Einstellung im Internet: 05.01.2018

Auslieferung: 11.01.2018

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316
Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 BerlinTel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15



Abrüsten statt aufrüsten

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde

Aufrufer und (ausgewählte) Erstunterzeichner:

Franz Alt, Schriftsteller | **Dr. Wolfgang Biermann**, Politikwissenschaftler, Initiative neue Entspannungspolitik JETZT! | **Dieter Maschine Birr**, (Ex Puhdys), Musiker | **Roland Blach**, DFG-VK, Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ | **Prof. Dr. Ulrich Brand**, Politikwissenschaftler, Institut Solidarische Moderne | **Prof. Dr. Peter Brandt**, Historiker und Publizist | **Reiner Braun**, Präsident International Peace Bureau (IPB) | **Frank Bsirske**, Vorsitzender von ver.di | **Christine Buchholz**, MdB DIE LINKE. | **Marco Bülow**, MdB SPD | **Annelie Buntenbach**, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB | **Prof. Dr. Paul J. Crutzen**, Atmospheric Chemistry and Climate Research, Nobel Laureate 1995 | **Daniela Dahn**, Schriftstellerin | **Das Rilke Projekt (Schönherz & Fleer)**, Erfolgreichstes Deutsches Lyrikprojekt | **Renan Demirkan**, Schauspieler, Autorin | **Prof. Dr. Klaus Dörre**, Soziologe | **Michael Erhardt**, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Frankfurt | **Ute Finckh-Krämer**, MdB (2013-2017) SPD | **Peter Freudenthaler**, **Volker Hinkel**, von Fools Garden | **Ulrich Frey**, Initiative Neue Entspannungspolitik Jetzt! | **Thomas Gebauer**, Geschäftsführer von medico international | **Wolfgang Gehrcke**, DIE LINKE. | **Prof. Dr. Rolf Goessner**, Vorstandsmitglied internationale Liga für Menschenrechte | **Stephan Gorol**, Kulturmanagement | **Prof. Dr. Ulrich Gottstein**, IPPNW Gründungs- und Ehrenvorstandsmitglied | **Susanne Grabenhorst**, stellv. Vorsitzende IPPNW Deutschland | **Jürgen Grässlin**, Bundessprecher der DFG-VK | **Hermann Josef Hack**, Bildender Künstler | **Uwe Hassbecker**, Musiker (Silly) | **Prof. Dr. Frigga Haug**, Soziologin | **Uwe Hiksich**, Bundesvorstand NaturFreunde | **Reiner Hoffmann**, DGB-Vorsitzender | **Philipp Ingenleuf**, Netzwerk Friedenskooperative | **Otto Jäckel**, Vorsitzender IALANA Deutschland, Vereinigung für Friedensrecht | **Kristine Karch**, Co-Chair International Network No to War – No to NATO | **Margot Käbmann**, Theologin | **Katja Keul**, MdB Bündnis90/die Grünen | **Katja Kipping**, MdB, Vorsitzende DIE LINKE. | **Toni Krahl**, Musiker (CITY) | **Sabine Leidig**, MdB DIE LINKE. | **Wolfgang Lemb**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall | **Sarah Lesch**, Liedermacherin | **Udo Lindenberg**, Musiker | **Anna Loos**, Schauspieler, Sängerin (Silly) | **Pascal Luig**, Co-Sprecher „Kooperation für den Frieden“ | **Jürgen Maier**, Forum Umwelt und Entwicklung | **Prof. Dr. Mohssen Massarrat**, Politikwissenschaftler, Friedensforscher | **Hilde Mattheis**, MdB SPD | **Birgitta Meier**, Friedensmuseum Nürnberg | **Prof. Dr. Thomas Meyer**, stellv. Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission | **Matthias Miersch**, MdB, Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion | **Prof. Dr. Maria Mies**, Soziologin, Öko-Feministin | **Michael Müller**, Vorsitzender NaturFreude, ehem. Staatssekretär im Umweltministerium | **Julia Neigel**, Sängerin, Songwriterin | **Prof. Dr. Kai Niebert**, Präsident des Deutschen Naturschutzringes (DNR) | **Wolfgang Niedecken**, Musiker, Sänger (BAP), Maler, Autor | **Prof. Dr. Norman Paech**, Völkerrechtler | **Alexis Passadakis**, aktiv bei Attac Deutschland | **Anne Rieger**, Bundesausschuss Friedensratschlag | **Clemens Ronnefeldt**, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes | **Alex Rosen**, Vorsitzender IPPNW Deutschland | **Michaela Rosenberger**, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) | **Rene Röspel**, MdB SPD | **Prof. Dr. Werner Ruf**, Politikwissenschaftler, Friedensforscher | **Prof. Dr. Jürgen Scheffran**, Physiker, Vorsitzender International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES) | **Dr. Ute Scheub**, Autorin | **Heide Schütz**, Vorsitzende Frauennetzwerk für Frieden | **Prof. Dr. Gesine Schwan**, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission | **Prof. Dr. Johano Strasser**, ehem. Präsident des deutschen PEN | **Wolfgang Strengmann-Kuhn**, MdB Bündnis90/die Grünen | **Prof. Dr. Michael Succow**, Alternativer Nobelpreisträger, Michael Succow Stiftung | **Marlis Tepe**, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) | **Horst Trapp**, Friedens- und Zukunftswerkstatt | **Barbara Unmüßig**, Vorstand der Heinrich Böll Stiftung | **Hans-Jürgen Urban**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG-Metall | **Willi van Ooyen**, Bundesausschuss Friedensratschlag | **Kathrin Vogler**, MdB DIE LINKE. | **Antje Vollmer**, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D. | **Dr. Christine von Weizsäcker**, Biologin, Präsidentin von Ecoropa | **Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker**, ehem. Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie | **PD Dr. Uta von Winterfeld**, Politikwissenschaftlerin | **Peter Wahl**, Wissenschaftlicher Beirat von Attac | **Renate Wanie**, Vorstand Bund für Soziale Verteidigung (BSV) | **Konstantin Wecker**, Musiker, Komponist | **Prof. Dr. Hubert Weiger**, Vorsitzender des BUND | **Dr. Christa Wichterich**, Soziologin, Publizistin | **Heidemarie Wieczorek Zeul**, Bundesministerin a.D. | **Lucas Wirl**, Geschäftsführer IALANA & NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit (NatWiss).

*

Unter Nr. 293 bzw. 657 **Prof. Dr. Horst Bischoff**, Stellv. Vorsitzender ISOR e.V. | **Joachim Bonatz**, Stellv. Vorsitzender ISOR e.V. | ... 8.460 **Dr. Sahra Wagenknecht**, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Bundestag ... | 8.951 **Bernd Riexinger**, Vorsitzender DIE LINKE. ...

(Angaben zur Person dienen nur der persönlichen Information)

zum Unterschreiben bitte wenden →



Abrüsten statt aufrüsten

Wir unterstützen den Aufruf

Name	Vorname	E-Mail / Adresse	Stadt	Ja *	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	
				a	
				b	

*** Bitte ankreuzen:**

- a) Mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden.
- b) Weitere Informationen erwünscht.

Listen zum Herunterladen und weitere Informationen:

www.abruersten.jetzt

Spendenkonto: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.
 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
 Stichwort: Abrüsten (steuerabzugsfähig)

Bitte schicken Sie die Unterschriftenliste an die Redaktion ISOR aktuell oder:

Netzwerk Friedenskooperative, Römerstraße 88, 53111 Bonn oder **Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.**
 c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt a.M.